

Abonnements:

Monatlich 55 Pfennig ausschließlich
Trägerlohn; durch die Post bezogen
bei Selbstabholung vierteljährlich
Mark 2.10, monatlich 70 Pfennig.
Erscheint an allen Wochentagen
nachmittags.

Telegramm-Adresse:

"Volksstimme, Frankfurt/Main".

Telephon-Anschluß:

Umt. Hanja 7435, 7436, 7437.

Volksstimme

Inserate:

Die 6 Spalten-Verzettel kosten 15 Pf.,
bei Wiederholung Rabatt nach Tarif.
Inserate für die tägliche Nummer
müssen bis abends 8 Uhr in der Ex-
pedition Wiesbaden eingegeben
sein. Schluß der Inseratannahme
in Frankfurt a. M. vorm. 9 Uhr.

Volksstimme 529.

Union-Druckerei u. Verlagsanstalt,
G. m. b. H., Frankfurt a. M.
(nicht "Volksstimme" adressieren!)

Sozialdemokratisches Organ für Wiesbaden-Biebrich-Rheingau, Lahntal, Westerwald

Verantwortlich für Politik und Allgemeines: Richard
Dittisch, für den übrigen Teil: Gustav Hammer,
beide in Frankfurt a. M.

Separat-Ausgabe für Wiesbaden

Redaktion, Verlag und Haupt-Expedition: Frankfurt am Main, Großer Hirschgraben 17.
Redaktionsbüro: Weiskirchstr. 49, Telephon 1026 — Expedition: Bleichstr. 9, Telephon 3715.

Verantwortlich für den Inseratenteil: Georg Mäler.
Verlag und Druck: Union-Druckerei und Verlags-
anstalt, G. m. b. H., sämtlich in Frankfurt am Main.

Nummer 75

Mittwoch den 29. März 1916

27. Jahrgang

An die Partei!

Was von einem Teil der Parteiminderheit seit Monaten systematisch vorbereitet wurde, ist jetzt unheilvolles Ereignis geworden. 18 Mitglieder der Reichstagsfraktion, die schon durch ihr Sondervorgehen am 21. Dezember die Parteieinheit aufs schwerste gefährdeten, haben am letzten Freitag durch ein erneutes, noch weit mehr parteischädigendes Vorgehen die Fraktionsgemeinschaft vernichtet.

Wir haben es seit geraumer Zeit an eindringlichen Warnungen gegen die Spaltungspläne und die Zerstörungsarbeit jener Gruppe nicht fehlen lassen. Wir haben auf die schweren Gefahren hingewiesen, die aus solch unverantwortlichem Vorgehen unfehlbar für die ganze deutsche Arbeiterschaft entstehen müssen. Alle Mahnungen und Warnungen wurden in den Wind geschlagen. Hartnäckig und jedem parteigenösslichem Ratsschlag unzugänglich, sind diese Parteimitglieder auf ihrem verderblichen Wege weitergegangen. Sie haben die Geschlossenheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die solange ein Stolz der deutschen Arbeiterklasse war, gesprengt. Dieses Zerstörungstreiben zieht aber mit Notwendigkeit weitere und noch schlimmere Folgen nach sich: Setzt sich die Fraktion gesprengt worden, und schon ist man dabei, wie es Einige mit dreister Offenheit ankündigten, das organisatorische Gefüge der Partei selbst auseinanderzusprengen. Wenn jetzt nicht die Parteigenossen in unerschütterlicher Treue zur Partei stehen, so wird die Gefahr einer vollständigen Zerrüttung unserer großen Partei heraufbeschworen werden.

Unter dem Vorwand provokationen haben die Achtehnen den Bruch mit der Fraktion vollzogen. Als Disziplinbruch nicht nur, als Treubruch ist dieses Vorgehen bereits von der Fraktion gekennzeichnet worden. Und mit Recht! Niemand konnte erwarten, daß das Staatsnotgesetz zum Anlaß der neuen Sonderaktion benutzt werden sollte. Das Notgesetz bedeutet lediglich eine Ermächtigung für die Fortführung der Reichsgeschäfte im Rahmen des bisherigen Etats, weil der ordentliche Etat bis zum 1. April nicht fertiggestellt werden konnte. Die Fraktion hat sich ihre Stellung zum Hauptetat 1916/17 ausdrücklich vorbehalten. Solche Notgesetze sind in früheren Jahren stets erledigt worden, ohne daß unsere Fraktion dabei eine politische Debatte für angebracht hielt. Es war stets ein für die Politik unserer Partei unwesentlicher Vorgang. Niemand von den Achtehnen hat in der Fraktionsitzung, in der über das Staatsnotgesetz diskutiert wurde, auch nur mit einem Wort angedeutet, daß sie sich dem Beschluß nicht fügen und eine Sonderaktion im Reichstag unternehmen würden. Ja, sie hatten sogar schon am Tage vorher die Sonderaktion verabredet und ausdrücklich beschlossen, diese Absicht der Fraktion zu verheimlichen. Dieses empörende Verfahren hat die erregten Vorgänge im Reichstag heraufbeschworen.

Es ist wieder die Behauptung aufgestellt worden, daß die Mehrheit der Fraktion im Widerspruch zu der früher geübten Praxis, das Verlangen der Minderheit, einen Redner aus ihrer Mitte zu nehmen, abgelehnt, und so die Minderheit vergewaltigt habe. Das ist eine durchaus wahrheitswidrige Darstellung. Die Parteigenossen konnten aus den Reichstagsberichten entnehmen, daß, wie früher, so auch in der Kriegszeit, stets Fraktionsmitglieder der verschiedenen parteitaktischen Anschauungen als Redner bestellt worden sind. Seit Kriegsbeginn haben 22 Redner der Minderheit und 30 Redner der Mehrheit im Reichstag gesprochen. Noch am Tage vorher hatte ein Redner der Minderheit zur Steuerdebatte im Auftrage der Fraktion das Wort erhalten. Das Verlangen der Minderheit war aber ein anderes. Sie forderten für sich das Recht, einen den Fraktionsbeschlüssen widersprechenden Standpunkt zu vertreten. Etwas dergleichen ist selbstverständlich niemals Praxis in unseren parlamentarischen Körperschaften gewesen. Wie ist es gestattet gewesen, daß ein Redner unserer Partei für ein Geseh, der andere gegen dasselbe sprechen konnte. Stets hat sich die Minderheit den Beschlüssen der Fraktion untergeordnet.

Ein nicht minder schwerer Verstoß gegen die Wahrheit liegt in der Behauptung, die achtzehn Mitglieder seien zur Gründung der neuen Fraktion veranlaßt worden, weil sich innerhalb der Mehrheit eine Abkehr von dem bisherigen sozialdemokratischen Standpunkt vollzogen habe. Wir weisen es von neuem aufs entschiedenste zurück, wenn man die Stellungnahme der Fraktionsmehrheit als eine Abkehr von den sozialdemokratischen Grundsätzen auszugeben versucht. Die Fraktion hat so gehandelt, wie sie auf Grund der stets von der Partei zur Landesverteidigung eingenommenen Stellung zu handeln verpflichtet war. Sie befand sich dabei auch in Übereinstimmung mit zahlreichen Erklärungen der berufensten Wortführer des Sozialismus, von Marx und Engels bis Wilhelm Liebknecht und Bebel. Es ist verwerflich, die bestehenden Meinungsverschiedenheiten derart zur Irreführung der Parteigenossen auszunutzen, daß der eine Teil der Partei den anderen des Verrats an den sozialdemokratischen Grundsätzen bezichtigt.

Die Gründer der neuen Fraktion machen den Versuch, ihr Unternehmen den Parteigenossen in möglichst harmloser Beleuchtung vorzuführen. Es sei, sagen sie, nur die Konsequenz ihres Vorgehens am 21. Dezember; es sei ein unschädlicher Vorgang, der nicht zur Parteispaltung führen werde. Es ist jedoch eine innere Unmöglichkeit, daß eine einheitlich organisierte Partei in einem Parlament zwei Fraktionen haben kann. Die beiden Fraktionen werden nicht miteinander im Dienste der Arbeiter wirken können, und das selbständige Auftreten der neuen "Arbeitsgemeinschaft" wird fortgesetzt zu Streitigkeiten Anlaß geben. Wer wird glauben, daß die Spaltung der Fraktion ohne verhängnisvolle Rückwirkungen auf die Parteiorganisationen im Lande bleiben kann? Nicht nur droht die Gefahr, daß der Zank um die Fraktionspaltung überallhin verwirrend und das Parteileben vergiftend sich ausbreiten wird. Es werden sich einzelne Parteigenossen und Gruppen finden, die durch das Vorbild der neuen Fraktion verlockt, die Frage stellen: Was den Reichstagsabgeordneten recht ist, sollte es uns nicht billig sein? Sollen die Genossen und Genossinnen im Lande es auch fernerhin als ihre Pflicht erachten, die Einheit der Organisation und die Einfügung in die von ihren Organisationen gefassten Beschlüsse hochzuhalten, während Abgeordnete, Genossen in höchsten Ehrenämtern der Partei, diese Pflicht mit Füßen treten dürfen? Sollen es Parteigenossen erster und Parteigenossen zweiter Klasse geben? Jeder Parteigenosse, der nur ein wenig im Parteileben mitgearbeitet hat, erkennt ohne weiteres, daß jene Separatisten unser ganzes Parteileben aufs Spiel setzen. Die Gefahr, von der die deutsche Sozialdemokratie bedroht wird, ist überaus groß!

Und was soll nach der Meinung der Achtehnen Sinn und Zweck der lärmenden Aktionen sein? Es soll durch Ablehnung der Kriegsmittel und oppositionelle Rundgebungen auf die deutsche Regierung ein Druck ausgeübt werden, damit das Ende des Krieges bald herbeigeführt werde. Das ist aber eine gänzlich verfehlte Vorstellung. Die Regierungen des Vervorbandes, die bisher jede Bereitschaft zu Friedensverhandlungen von sich gewiesen haben, setzen ihre Hoffnung auf eine lange Dauer des Krieges. Sie stellen dabei in Rechnung nicht nur die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, sondern auch das Aufkommen innerer Zwietracht im deutschen Volke. Und die sozialistische Fraktion in Frankreich wie die Arbeiterpartei in England teilen diese Auffassung und haben die Politik ihrer Regierungen, denen sie selbst angehören, in jeder Weise unterstützt. Die deutsche Sozialdemokratie hat seit mehr als Jahresfrist für die Beendigung des grausigen Blutvergießens sich andauernd bemüht. Sie hat alles, was in ihrer Macht stand, getan, um die internationalen Verbindungen mit den sozialistischen Parteien wieder herzustellen und eine in allen Ländern gleichzeitige und gleichmäßige Bewegung für den Frieden herbeizuführen. Aber alle Bemühungen sind gescheitert. Die Vertretungen der englischen und französischen Arbeiterschaft — abgesehen von einigen rühmlichen Ausnahmen — lehnen beherzigt ab, auch nur über die Förderung des Friedens mit uns zu sprechen, sie fordern vielmehr die Fortsetzung des Krieges bis zur Niederwerfung Deutschlands.

Vor der harten Wirklichkeit dieser Tatsachen verschließen jene Achtehnen beharrlich ihr Auge. Sie sehen die Dinge nicht, wie sie sind. Sie jagen einem Trugbild nach und zerstören dabei die Einheit unserer Partei.

Zu keiner Zeit bedurfte die deutsche Arbeiterklasse mehr als jetzt der geschlossenen festesten Einigkeit. Wir stehen im Kampf gegen die Lebensmittelteuerung, gegen die neuen Verbrauchs- und Verkehrssteuern. Wir gehen neuen großen Kämpfen entgegen. Mannigfaltige, für die Arbeiterklasse hochwichtige Aufgaben müssen gelöst werden. Wir wollen den Einfluß der Arbeiterschaft auf den Friedensschluß zur Geltung bringen, damit der Friede ein heilsamer werde für unser Volk und für die Menschheit. Wir bedürfen der voll gesammelten Kraft aller unserer Organisationen, um nach Beendigung des Krieges die Lebensinteressen des Proletariats gegen die Macht des Kapitalismus zu schützen. Einigkeit und Kameradschaftlichkeit tut da mehr denn je not! Statt dessen werfen einige Verblendete die Fackel der Zwietracht in den Bau des Sozialismus, den Tausende und Abertausende unserer Genossen und Genossinnen in vieljähriger, opfervoller Arbeit errichtet haben.

Parteigenossen und Genossinnen! Wir rufen Euch nochmals zu: Die Gefahr, die der Partei droht, ist groß! Diejenigen, die die Reichstagsfraktion gespalten haben, werden auch nicht zurückschrecken, die Partei zu spalten.

Parteigenossen! Das soll nicht geschehen! Das darf nicht geschehen! Von Euch muß der Widerstand kommen gegen jenes verwerfliche Beginnen. Eure heilige Aufgabe ist es, die Arbeiterbewegung vor schwerster Zerrüttung zu bewahren.

Schützt die Partei!

Schließt die Reihen!

Berlin, den 27. März 1916.

Der Parteivorstand.

Der Parteiausschuß.

Der Vorstand der Reichstagsfraktion.

Die entscheidende Bedeutung des Unterseeboothkrieges.

Berlin, 29. März.

Der große Kern, den Nationalliberalen unter Hoffmanns geistreicher Führung und Konterbative für einen verhängnisvollen U-Boothkrieg gegen England seit Wochen machen, hat sich allmählich zu einer Reihe sehr bestimmter Aktionen aufgelöst. Am heutigen Dienstag versuchte der nationalliberale Führer in der Budgetkommission des Reichstages seinen Vorschlag zu begründen. Zum Stoffwechsel mancher seiner eigenen Freunde kam er nicht über die bekannten Behauptungen hinaus und am Schluß schlug er sich in behäbiger national-liberaler Art selbst, indem er mit einem langen Fragebogen erst feststellen wollte, was eigentlich die gewöhnliche Voraussetzung für eine geordnete Agitation hätte sein müssen. Der Reichskanzler hat wohl aus der Sitzung den Eindruck mitgenommen, daß dieser Mann ziemlich ungeschicklich ist, sowohl nach innen, wo der neue Marineattaché v. Capelle bei seinem ersten Auftreten einen vorzüglich klaren und ersten Eindruck machte, als nach außen, weil das Ausland längst inne geworden sein dürfte, daß hinter den Spektakelmachern keinerlei Sachkenntnis steckt.

Von Sachkenntnis ist nämlich längst auch für uns entschieden, daß im unermesslichen Kriegsschiff und für die Verteidigung zur See der systematische Kleinkrieg das gegebene Mittel für längere Kämpfe ist, die nicht solche Schlachtflootten aufstellen können, wie England. Dazu braucht man weder Hoffmann, noch Bismarck, um das zu erweisen. Ursprünglich beschränkte sich zwar die deutsche Flottengesehe auf die Erstellung der nötigen Schlachtkraftschiffe. Aber je näher die Gefahr eines Weltkrieges kam und je öfter Deutschland am Rande eines solchen stand, desto besser wurde auch bei uns die Dringlichkeit der Beschaffung aller Waffen für den Kleinkrieg zur See erkannt. Der Vizeadmiral a. D. A. Galtzer hat 1907 in einer Schrift: „Welche Seefriedensstellung braucht Deutschland?“ die Abwertung der Hufeisen nach Deutschland durch England vorausgesehen, gleichzeitig aber richtig verifiziert: „England dürfte sich bitter ärgern, wenn es annehmen würde, daß die bloße Unterbindung der Seezufuhr Deutschland zum Frieden nötigen könnte.“ Im Anschluß namentlich an die jüngere Schule französischer Flottenpolitik, die sich in den Reihen der englisch-französischen Spannung sehr stark auf die Seerüstung zum Kleinkrieg gegen England mit U-Booten und Minenlegern warf, hat Galtzer schon vor 10 Jahren der Verwendung dieser Kampfmittel auch in der deutschen Seeverteidigung gegen England vorgearbeitet. Viele seiner damaligen Ausführungen seien sich heute wie Schlagfolgerungen aus der jetzigen Kriegslage. Nebenbei zeigt sich, daß der jetzt verabschiedete Tirpitz gerade dem U-Boothkrieg lange Zeit ein großes Verständnis entgegenbrachte, so daß es für Sachkenner sehr komisch klingt, wenn heute ausschließlich der Name Tirpitz als Signal für einen verhängnisvollen U-Boothkrieg benutzt wird. Nicht ohne Bifanterie ist es, daß Vizeadmiral Galtzer 1907 gegen Tirpitz schrieb:

„Zur Forderung der Bereitschaft für die Kleinkriegsführung muß vor allem der Bau der Unterseeboote und die Uebung von Offizieren und Mannschaften mit ihnen energisch in die Hand genommen werden, weil hier noch alles fehlt. Als Anfang wird es hinreichen, 60 U-Boote zu bauen. ... Es wird richtig sein, einem Teil der Jahrgänge (20) mäßige Wohnstagen zu geben. Diese Boote würden in der Lijee und zur Verteidigung der Küsten der Nordsee zu verwenden sein, während die übrigen als große U-Boote für den Angriff in der Nordsee zu dienen hätten. ... Sobald Krieg ausbricht, müßte sofort ein umfangreicher Neubau beginnen, um die Unterseebootsflotte bald erweitern und Verluste decken zu können.“

Wenn man die heutigen Mitteilungen der Regierung in der Budgetkommission, die als absolut vertraulich gelten, mit angehört hat, so kann man wenigstens eines versichern: an der Vorbereitung und Ausführung jenes Kleinkriegsprogrammes zur See gegen England, wie es von Galtzer gegen Tirpitz vertreten wurde, ist nichts veräußert worden und wird unter Bethmann und Capelle jetzt noch weniger veräußert werden, da die harten Taktiken der englischen Kriegsführung gegen uns eine so bereite Mahnung bedeuten. Biletsch ist Deutschland im Grunde, gerade dann am nachdrücklichsten zur See zu sprechen, wenn es nach den Berechnungen der Gegner durch ihren Erschöpfungskrieg am Ende seiner Kräfte sein soll.

Kleines Feuilleton.

Kriegsdienst und Gewissen.

Aus Amsterdamer schreibt man der Wiener „Arbeiter-Zeitung“: Das neue englische Gesetz über die Dienstpflicht nimmt bekanntlich Männer, die gegen den Kriegsdienst Gewissensbetrobungen haben, unter bestimmten Bedingungen aus. Von der Handhabung dieser Gesetzesbestimmung geben drei Berichte, die die „Daily News“ vom 26. Februar über Verhandlungen vor den Munitionsräten in Godalming, Fulham und Bath veröffentlichten, ein interessantes Bild.

In Godalming war es ein Lehrer, Roland W. A. Anster, der erklärte, tiefe religiöse und moralische Überzeugungen zu haben, die ihm den Kriegsdienst und alle damit zusammenhängenden Dienste verbieten. Er sagte, zu jedem Opfer bereit zu sein, wenn das Gesetz ihm die vollständige Befreiung nicht anbillig. Im Verhör gab er an, 25 Jahre alt zu sein und der englischen Seeflotte anzugehören. Aus Verur zu geben, sagte er, würde für ihn bedeuten, daß er die Gesellschaft über seine religiösen Überzeugungen stelle und dies wolle er unter keiner Bedingung tun.

„Ich liebe meine Mutter und bin einig, Stütz“, sagte er. „Wenn man mich ins Gefängnis schickt oder erschießt, wird sie verhungern. Ich stelle meine religiösen Überzeugungen meiner Mutter voran, und wenn jemand dazu entschlossen ist, glaube ich nicht, daß er noch mehr tun kann, um sie zu überzeugen.“ — Tribunalmitglied Richter (Schlichter in Charterhouse): „Gehet den Fall, daß jemand Gewalt gegen Sie angewendet, was täten Sie?“ — Anster: „Ich würde wahrscheinlich mit ihm diskutieren, aber ich hoffe, daß ich ihm nicht Schlag auf Schlag zurückgeben würde.“ — Als man ihn fragte, was er täte, wenn ein Deutscher seine Mutter auf der Stelle tötete, erwiderte Anster, daß sei eine unangehörige Frage, die er nicht beantworten könne. Der den Vorsitz führende Bürgermeister verkündete hierauf die Entscheidung, daß der Antragsteller vom aktiven Kampfdienst vollkommen befreit und auch von jedem anderen militärischen Dienste so lange entbunden sei, als er die einzige Stütze seiner Mutter sei.

Die Verhandlung in Fulham war darum merkwürdig, weil der um Befreiung Ansuchende ein Beamter des Kriegsamt war. Der jetzt neunzehnjährige gab an, sich 1911 be-

Dieses Ziel durch Verhandlungen mit Amerika nicht zu lösen, ist ein kluges Streben, für das der Reichskanzler wirklich die nachhaltigste Unterstützung verdient. Und das lärmende Zwischenspiel, welches die Bismarckianer und Kitzler nun wohl am längsten getrieben haben, dürfte einst, wenn seine Sinnlosigkeit ganz klargelegt werden kann, als eine der unheimlichsten Episoden bürgerlicher Kriegstreiberei mit unläuterer innerpolitischen Nebenabsichten erscheinen.

Die nachstehenden Anträge der Sozialdemokratie, des Zentrums und der Freisinnigen waren bis heute mittags in der Budgetkommission eingelaufen. Interessant ist an ihnen das Bemühen und der Eifer des Zentrums und der Freisinnigen, zwar von Bismarckianern und Bismarck abzurufen, aber doch so zu tun, als bedürfte es ihrer Mahnungen, damit die Interessen Deutschlands nicht an Amerika preisgegeben würden. Die Sozialdemokratie stellt sich demgegenüber auf den klaren Standpunkt, daß es für die militärischen Vorkehrungen wahrhaftig keine Mahnungen an die Reichsregierung bedarf und daß es viel notwendiger ist, auf der Basis der ungleichen Verhältnisse mit den wenigen Freunden zu sein, die Deutschland noch in der Welt hat.

Die Anträge.

Vom Zentrum.

Nachdem das Unterseeboot sich als eine wirksame Waffe gegen Englands Kriegsführung erwiesen hat, spricht der Reichstag die Erwartung aus, daß, da die Frage der Verwendung der Unterseebootsflotte im Völkerecht noch nicht geregelt ist, bei den Verhandlungen mit den auswärtigen Staaten die Freiheit im Gebrauch dieser Waffe gewahrt wird.

Von den Fortschrittlichen.

Der Reichstag hat angesichts der bewundernswerten Leistungen unseres Heeres zu Erfolg führenden Krieges und unserer Flotte sowie ihrer Führung die hohe Achtung und das Vertrauen, daß sie wie bisher, so auch weiterhin alles tun und nichts unterlassen werden, um den baldigen, endgültigen Sieg der deutschen Waffen zu bahnen und zu sichern und zu errögen und sicherzustellen.

Er geht in diesem Sinne über die Anträge Nr. 231, 232 und 233 zur Tagesordnung über.

Der Reichstag wolle beschließen: für den Fall der Annahme des Antrags Nr. 231 und 232, daß die Unterseebootsflotte zu jenen, wie folgt: daß bei den gegenwärtigen und künftigen Verhandlungen die Freiheit im Gebrauch dieser Waffe gegen unsere Feinde gewahrt wird.

Von den Sozialdemokraten.

Der Reichstag spricht die Erwartung aus, daß bei den Verhandlungen über die Anwendung der Unterseebootsflotte alles dazumache, was die berechtigten Interessen neutraler Staaten schädigen und eine unnötige Verschärfung und Erweiterung des Krieges bewirken könnte.

Der Reichstag erwartet vielmehr, daß die Regierung alles tun wird, um einen baldigen Frieden herbeizuführen, der die Interessen des Reichs, seine politische Unabhängigkeit und wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit sichert.

Der gestrige Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 28. März. (B. V. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Südlich von St. Omer entspannen sich lebhafteste Kämpfe in den von den Engländern besetzten Trichtern und auf den Ansdahlunien.

Ueber die Lage im Kampfgebiet beiderseits der Maas ist nichts Neues zu berichten.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Von neuem trieben die Russen ihre Kräfte gegen die deutschen Linien bei Pskow vor. In tatarischer Ausdauer troden dort Truppen des Soarbrücker Korps allen Anstößen des Feindes. Vor den an ihrer Seite kämpfenden Brandenburgern, Hannoveranern und Salsenern zerschellte ein in vielen Wellen vorgetragener Angriff zweier russischer Divisionen unter schwerster Einbuße des Gegners. Das gleiche Schicksal hatten die auch nachts noch wiederholten Versuche des Angreifers, den bei Mokruec verlorene Boden wiederzugewinnen.

schert zu haben. Sein Gewissen verbiete ihm, jemand das Leben zu nehmen, sei es auch ein Feind. Der Vorstehende fragte ihn, warum er dann seinen Koffer im Kriegssamt nicht aufgegeben habe. Der Ansuchende erwiderte, daß seine Beschäftigung mit der Herstellung der Folgen des Krieges, aber nichts mit der gegenwärtigen Kriegsführung zu tun habe. Das Ansuchen wurde abgewiesen. Alderman Evans erklärte, Enthebung vom Dienste könne so lange nicht gewährt werden, als der Ansucher seine Stelle im Kriegssamt nicht aufgibt.

In Bath erklärte der Ansucher, Henry Bellamore, jede Art von Dienst, die irgendwie mit dem Kriege zu tun habe, ablehnen zu müssen. Dieser Ansucher äußerte sich äußerst fanatisch: Krieg sei eine Erfindung des Teufels. Er verabscheue den Krieg, der ihn, daß er einem Verwundeten auf Arücken, den er auf der Straße fallen sehen würde, nicht helfen und daß er einen Verwundeten sterben lassen würde, weil Hilfe in solchem Falle gegen sein Gewissen gehe. Ja er würde nicht einmal Kindern helfen, die bei einem Fliegerangriff verletzt würden. Der Mann wurde abgewiesen. Der Vorstehende sprach auch sein Bedauern über solche Behauptungen aus, die, wie er wohl nicht mit Unrecht sagte, Anzeichen eines untergeordneten Denkens, aber nicht eines strengen Gewissens seien. Unfehllos ist dieser Kriegsgegner in der vermeintlichen Konsequenz des Denkens bis dorthin gelangt, wo die Überzeugungsstärke zum Relativismus und zur Verwirrung wird. Anderswo würde man allerdings mit jemand, der offensichtlich so spricht, anders umspringen, als daß man ihm eine Strafpredigt hielte.

Reichsbuchhandlungen.

An den General-Quartiermeister der deutschen Armee richtete die Vereinigung Münchener Verleger eine Eingabe, die unabweisbar mit Reichsbuchhandlungen, die hinter der Front eckhaft wurden, ins Gericht geht: abgesehen davon, daß die Bücher oft zerfetzt wurden und dann noch von ungeeigneten Persönlichkeiten, sei die Auswahl meist kläglich und unwürdig; meistens finde der Soldat nichts als minderwertige Unterhaltungsliteratur, die er nimmt, weil nichts anderes da ist. Die einzigartige Gelegenheit, das wertvolle, was das deutsche Volk hervorgebracht hat, Hunderttausenden von Soldaten zugänglich zu machen, sei bis jetzt kläglich verpaßt worden. Die Zustände seien eine Schmach und eine Nichtachtung der großen und guten Ergebnisse des deutschen Geistes. Eine gute Auswahl wertvoller Bücher in den Reichsbuchhandlungen sei schon um deswillen viel wichtiger als in den Buchhandlungen in der

Balkan-Kriegsschauplatz.

Im Verlaufe der feindlichen Luftangriffe auf unsere Stellungen am Doiran-See stieß gestern ein deutsches Luftgeschwader in die Gegend von Saloniki vor und besetzte den neuen Hafen, den Petroleumhafen sowie die Entente-Lager nördlich der Stadt ausgiebig mit Bomben.

Oberste Heeresleitung.

Oesterreichisch-ungarischer Tagesbericht.

Wien, 28. März. (B. V.) Amtlich wird verlautbart:

Russischer Kriegsschauplatz.

Nördlich von Bajan haben die Russen nach einigen Sprengungen vor unserer Front wiederholt versucht, in die Stellung einzudringen. Alle Angriffe wurden unter erheblichen feindlichen Verlusten abgewiesen. Nördlich der Terna-Mündung schritt ein nördlicher Vorrückungsversuch russischer Abteilungen schon an der alten Stellung unserer Gortelminen. An der beschränkten Front und bei Chisla feuerte die feindliche Artillerie lebhaft.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Kämpfe am Götzer Brückenkopf dauern fort. Auch im Abschnitt der Hochfläche von Döberdo begann ein lebhaftes Feuer der beiden Artillerien. Von italienischer Seite folgten Angriffversuche am Nordhang des Monte San Rikelo und bei San Martino, die leicht abgewiesen wurden.

Schließlich ist das Gefecht noch im Gange.

Auch im Felde. Abschnitt schiederten alle feindlichen Angriffe. Vor der Kampffront des braven karnischen Feldjägers-Bataillons Nr. 8 liegen über 300 tote Italiener. An der Sizuler Front waren die Gefechtskämpfe nur in den Rudimenten lebhafter als gewöhnlich. Da in Venetien ein erhöhter Eisenbahnverkehr gegen die Monzonfront festgestellt wurde, belegten unsere Flieger einige Objekte der dortigen Bahnen mit Bomben.

Südlicher Kriegsschauplatz.

Keine Ereignisse.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: v. Höfer, Feldmarschallleutnant.

Französische Antwort an Haase.

Aus der Schweiz wird der „Zürcher“ telegraphiert: Der sozialistische Abgeordnete Renaudel, der von Jaurès gegründete „Humanität“ leitet, äußert sich in der Montagsnummer dieses Blattes über die Spaltung in der Sozialdemokratie und über die Rolle des Reichstagsabgeordneten Haase. Er gibt zu, daß diese Spaltung vorzuziehen war, und er weist darauf hin, daß der Parteilag der französischen Sozialisten am 25. Dezember 1915 bereits mit dieser Spaltung getreuet habe. In der Tat ist in der von diesem Parteilag angenommenen Tagesordnung der Satz enthalten, daß eine Wiederannäherung der Beziehungen mit den deutschen Sozialisten nur ins Auge gefaßt werden könne, wenn die Sozialdemokratie oder die Oppositionsminderheiten eine entscheidende Aktion gegen die Regierung des Reichs vollbringe und sich nicht nur auf platitudinäre Resolutionen beschränke. Renaudel ist also offenbar heute geneigt, mit der neuen Partei Haase in Verbindung zu treten. Er fügt aber in seinen weiteren Betrachtungen hinzu, daß sich die sozialdemokratische Minderheit deshalb nicht einbilden dürfe, daß auch die französischen Sozialisten für eine Beförderung des Krieges und für einen anderen Frieden eintreten als diejenigen, der die Niederlage Deutschlands ermöglichen würde. „Es ist“, so sagt Renaudel, „außer Zweifel, daß die Lage der deutschen Sozialisten nicht die nämliche ist wie die unsrige, und es wäre ein eitles Unternehmen, eine Ähnlichkeit aufzustellen. Man kann auch bei uns fordern,

daß, da in den meisten Fällen bei den Angehörigen des Heeres gar nicht die Möglichkeit besteht, in der Reichsbuchhandlung Bücher zu kaufen, sondern sie genötigt sind, zu nehmen, was vorrätig ist. Dies bedauerlich sei auch, daß der Buchhändlerhandel, dessen geistiger und kultureller Tiefstand in Friedenszeiten mit Recht so vielfach beklagt wurde, in den besetzten Ländern außerordentliche Ausdehnung gewonnen habe, wo er Männer zwangsweise zu seinen Abnehmern zählt, die zu Hause andere Gelegenheiten hatten sich mit guter Literatur zu versorgen. Die Namen der Bücher der Reichsbuchhandlungen in Etappe und besetzten Gebieten, sowie auch der meisten Reichsbuchhandlungen des Operationsgebietes liegen die Befürchtung berechtigt, daß die friedensmäßigen, ruhigen jener Buchhändlerhandlungen nicht nur erhalten bleiben, sondern sich noch auf weitere Gebiete ausdehnen. Tausende unserer gebildeten Männer, die im Felde leben und keine Gelegenheit haben auf den kulturellen Wege ihre Wünsche geltend zu machen, klagen in Briefen über die „Mühseligkeit“, über die verächtliche Behandlung „Romanpfeifen“ (von Stille herüber), den minderwertigen kulturellen Büchermarkt (Verlag Hermann Schöner, der selbst ebenso wie sein Kommissherr Hermann Jäger zu jenen Pächtern gehört), und über die erschrecklichen Zustände. ... Wir besitzen Sammlungen billiger Bücher, um die uns die ganze Welt beneidet, wie z. B. die billigen Sammlungen von Reclam, Teubner, Göschen, Crelle & Neuber, Insel-Verlag, Bibliographisches Institut (Leipzig), Fischer (Berlin), Adel (Stempfen), um nur einige aus den zahlreichen zu nennen. Alle diese Sammlungen sind draußen entweder gar nicht oder nur ungenügend vertreten und bezeugen in der Verdrängung den höchsten Schwierigkeiten.“

Die Vereinigung wünscht, wo Gelegenheit ist, eine Reichsbuchhandlung neu zu vergeben, sie ausschließlich an Sortiments-Buchhändler oder Vereinigungen von Sortiments-Buchhändlern zu vergeben, die an der Erzeugung oder Verbreitung von Schandliteratur nicht beteiligt sind, und in den bereits vergebenen Reichsbuchhandlungen darauf zu halten, daß alle gute deutsche Literatur draußen in der gleichen Weise vorrätig und zu haben ist, wie in einer anständigen Buchhandlung des Landes.

Die ländliche Kapuzinerpredigt.

Im Genthener Stadttheater hielt vor der Wiederholung der Wallenstein-Trilogie der Direktor Knapp im Wallensteinlokal eine Verteilungsgespräche gegen den Vorwurf der „Oberflächlichen Reizung“, daß die Kapuzinerpredigt in „Wallenstein“ Lager dem Nationalismus ins Gesicht schlägt. Er versprach die Weglassung der Kapuzinerpredigt. Das Publikum nahm diese Erklärung wenigstens hin. — So mancher katholischer Geistlicher wird sich verwundert fragen, wo denn in der Predigt die Schlichtigkeit stehe.

ich ver-
fiede.

Wegen der am 1. Dezember 1918 erfolgten Verabschiedung der Lohn- und Preissenkungsgesetze (Verhältnis des Lohnes zum Lebenspreis) stehen die Sozialistischen Parteien in der Volksbewegung die enorme Verwertung der Lebenshaltung in Großbritannien, die leicht effiziente Ursache für die mit und ohne Arbeitsverhältnisse im britischen England zum während des Krieges der sich ergangenen Lohnbewegungen. Nach der „Labour Gazette“ ist während die Zahl der Streiks im britischen England von 177 im Jahre 1914 auf 82 im Jahre 1915 zurückgegangen. Die Zahl der Teilnehmer ist allerdings von 272.680 auf 290.840 gestiegen. Ähnlich kommen hierbei aber 200.000 auf die zwei letzten Streiks in Wales im Juli und im August. Gegen Jahresende ist die Zahl der Ausfälle schließlich auf den unerwartet niedrigen Stand von nur drei Streiks im Dezember mit nur 1025 Teilnehmern zurückgegangen. In angeblich ungeschätzbarer, große Streikzahl der britischen Parteien ist also auch nur ein Nebenprodukt. Ungeachtet in richtig, daß die Arbeiterbewegung in Großbritannien von 1881 Millionen im dritten Viertel 1913 nur auf 62,11 Millionen Tonnen im dritten Viertel 1915 fiel. Im Jahresvergleich ergibt sich nach anderen Quellen, daß 1915 die Zahl der Arbeiterbeschäftigten um 14,2 Prozent, die Arbeiterbewegung aber nur 6,9 Prozent niedriger war 1914. Die „Labour Gazette“ konstatiert, daß die „Produktion“

Die Errichtung der Einzel- außerer Bezeichnung ist nach ein
weiter Schritt gegen die Interessen des ganzen deutschen Volkes.
Die Friedensliste war durch die folgerichtige Anwendung der
der von der Partei gewählten Mittel erfüllt worden kann.

Der Parteiausschuß erklärt, daß die Gründung einer proletarischen
sozialdemokratischen Reichsorganisation unvereinbar ist mit den
Grundsätzen des Organisationsstatuts, das nur eine sozialdemo-
kratische Reichsorganisation kennt und anerkennt. Der Parteiausschuß
erachtet es als eine unabweisbare Pflicht des Parteivorstandes,
nach aus dieser Forderung ergebenden Folgerungen zu gehen.

Wiederholt bekräftigt der Parteiausschuß, daß einige Menschen
den inneren Parteifragen in bürgerlichen Blättern Stellung
nehmen und der Erörterung von Zukunftsfragen sehr Anstehen
populären, die Verwirrung in die Reihen der Massen bringen.

Der Parteiausschuß empfiehlt, daß der Parteivorstand in seiner
eigenen Zusammenkunft die Gründung der Gesamtpartei die ganze
Partei beauftragt. (Mit 28 gegen 7 Stimmen angenommen.)

Die Tagesorden, die dem Parteiausschuß bekannt gemacht wurden,
sind unannehmlich, daß ein Teil der Parteimitglieder in
der Stellung ein eigenes selbständiges Orga-

für die „Neue Zeit“ wurde aus Gründen, die alle Bücher-
n Aufsichtsgenügen, der Verkaufspreis von 1.25 auf 1.00 Mark
Quartal erhöht. Das einzelne Heft kostete bisher 25 Pfennig,
1.1. April ab 20 Pfennig.



